

⇒ Uwe Daher

## Wolfgang Thierse und Heiner Ludwig (Hg.): Arbeit ist keine Ware



Wolfgang Thierse und Heiner Ludwig haben als Herausgeber des Buches »Arbeit ist keine Ware« Aufsätze katholischer Sozialethiker und führender Sozialdemokraten zusammengestellt. Die Autoren verbindet das Thema »Erwerbsarbeit«, das sie auf dem Hintergrund der ökonomischen, sozialen und betriebswirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte beleuchten. Dabei ist festzuhalten, dass in den Einzelbeiträgen die Betrachtung von einem Standpunkt erfolgt, der Erwerbsarbeit nicht auf die objektive Eigenschaft reduziert, Arbeitskraft sei veräußerbar und damit käuflich. Vielmehr wird die starke Bindung an den Menschen und seine persönlichen Fähigkeiten in Erinnerung gerufen. Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise scheint dieser Blickwinkel besonders aufschlussreich:

Wird Erwerbsarbeit nämlich als individuelles Vermögen in Augenschein genommen, so ergibt sich aus Sicht des Rezensenten die generelle Frage nach den Vermögenswerten einer Gesellschaft und wer, auf welche Weise, auf sie zurückgreifen kann und darf.

In dieser Hinsicht scheint es erwähnenswert, dass in der deutschen Sprache die Begriffe »Macht« und »Möglichkeit« mit dem Ausdruck »Vermögen« etymologisch verbunden sind. Dass bei Vermögenswerten zunächst an Kapital und Immobilien gedacht werden mag – an generierbare Zinsen oder

Mieteinnahmen – verwundert bei der aktuellen Ausrichtung des Denkens kaum. Tatsächlich beschreibt der Begriff »Vermögen« aber eine Größe, die vorhanden ist und die, in Anbetracht einer konkreten Machtposition, rekurriert werden kann. Die

---

**Wolfgang Thierse** und **Heiner Ludwig** (Hg.): Arbeit ist keine Ware. Über wirtschaftliche Krisen, normative Orientierung und politische Praxis, Freiburg: Herder, 2009, ISBN 978-3451302909, EUR 14.95.

---

Verfügung besteht über die Gegenwart hinaus, so dass auch künftig eine Nutznießung gegeben ist. In diesem Zusammenhang wird selten erwähnt, was Menschen vermögen: Sie verfügen über Bildung und soziale Fähigkeiten, Ideen, Fleiß und Willenskraft – Eigenschaften aus denen Positives erwachsen kann. Auch die Natur wird in diese Überlegung unzureichend einbezogen. Dabei ist sie das fundamentale Vermögen, ein funktionsfähiger Kreislauf, der Lebenschancen – Nahrungsmittel und Heilpflanzen, Rohstoffe und Energieoptionen bereithält.

Der Aufsatz von Bernhard Emunds (42ff) ruft folgerichtig das Gesellschafts- und Naturvermögen in Erinnerung und konstatiert einen Verschleiß dieser elementaren Voraussetzungen wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit. Ein eng gefasstes Vermögensverständnis, die Fokussierung auf den Kapitalmarkt erweist sich als Schlüssel zum Verständnis der Krise. Emunds stellt klar, dass das Finanzvermögen seit geraumer Zeit diejenige Vermögensform ist, die zu einseitig die Entwicklung bestimmt habe. Ihre Relevanz, in Gestalt einer grenzenlosen Finanzwirtschaft, hat weitreichende Konsequenzen: Ungeduldiges Kapital entfaltet Kräfte: Investoren regen Neuaufstellungen der Unternehmen an, die Veräußerung einzelner Konzernkomponenten oder Betriebe wird erzwungen. Dynamische Aktienkäufe erpressen Vorstände, die – befallen von der Angst »geschluckt« zu werden – ihre Unternehmen nach den Vorgaben der Finanzwirtschaft gestalten. Überdies lässt die selbst gewählte Teilnahme an dieser Praxis Mitsprachemöglichkeiten offen, so dass Vorstände von der Steigerung der Aktienkurse profitieren und sich in trügerischer Sicherheit wiegen.

Hengsbach (128ff) beklagt, dass Kreditvergaben für Firmenübernahmen selbstverständlich seien, wobei bei solchen Vorgängen »Filetstücke herausgeschnitten« und die nicht verwertbaren Reste abgestoßen würden. Solch destruktives Agieren für den schnellen Profit könne aber kaum dem Gedanken der Nachhaltigkeit entsprechen. Sinnvoller scheint es, dass sich Kreditvergaben auf ein dauerhaft effektives Wirtschaften beziehen und zu Recht kritisiert Hengsbach, dass eine Vorfinanzierung für den Themenkomplex (Aus-)Bildung

– immerhin eine wirkliche und wirksame Investition – kaum bis gar nicht üblich sei.

Indem Entscheidungen der Unternehmen an Quartalsgewinne gekoppelt würden, sei das triste Ziel ausgegeben, die Zahlen des Vorjahres zu übertreffen. Ein Vorgehen, das mit Kosmetik und kreativer Zahlenoptimierung beschrieben werden kann, aber die reale Wirtschaft ignoriert und damit die Vorgabe, Güter herzustellen und zu handeln sowie Dienstleistungen anzubieten, die nachgefragt werden können. Ebenso beklagt Hengsbach, dass sich die monetäre Sphäre von der Realwirtschaft gelöst habe. Er sieht eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Eigentümer und Verwalter der Geldvermögen – eine einseitige Präferenz, die das Blickfeld verengt. Dabei wird deutlich, dass ökonomische Kräfte, die aus dem Einsatz des Arbeitsvermögens resultieren, unzureichend in Augenschein genommen werden. Hengsbach nennt die Zufriedenheit der Kunden und Lieferanten, den Ausgleich der Interessen im Betrieb und das produktive Betriebsklima im Allgemeinen. Diese Impulse für Entwicklung und Entfaltung sollten nach Ansicht des Rezensenten die ökonomischen Kernanliegen sein, doch gelten, die notwendigen Grundlagen, Kreativität und Fleiß, inzwischen als sekundär, da sie beliebig abrufbar scheinen. Die Motivation der Mitarbeiter, die zunehmend die Arbeit »freigesetzter« Kollegen übernehmen, schwindet: Burn-out-Syndrome häufen sich, Genuss- und Wellnesswellen schwappen durch die Landschaft. Die Vernutzung von Arbeitsvermögen lässt befürchten, dass Wirtschaftslenker Ideenlosigkeit und Mittelmäßigkeit manifestieren, wodurch zahlreiche Möglichkeiten verstreichen.

Auch Möhring-Hesse (104ff) beschreibt einen Energieverlust im Wirtschaftsgeschehen. So verweist er auf den Autonomiegedanken, der in der Arbeitswelt um sich greift und als Nutzungsstrategie der Unternehmen möglichst auf die umfassende Verausgabung des subjektgebundenen Arbeitsvermögens zielt. So sei durch autonome Arbeit die Gefahr der Über-Verausgabung gestiegen. Indem das »Dispositive Gegenüber« fehle, würden Fremd- und Eigeninteressen vermengt. Eine Abgrenzung, die zur physischen und psychischen Stabilität nötig scheint, ist nicht gewährleistet.

Folglich konstatiert Möhring-Hesse die politische Notwendigkeit, der Autonomieausweitung Grenzen zu setzen.

In Anbetracht der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die in den einzelnen Beiträgen umrissen wird, scheint erwähnenswert, dass der sichtbar werdende Schwund des Wirkungsvermögens ferner darauf zurückzuführen ist, dass Millionen Menschen, als Aktienkurs störende Kostenstellen definiert, mit ihrem Erfahrungsschatz dem Wirtschaftsgeschehen entzogen werden. Die Gesellschaft, die in die Bildung ihrer Nachkommenschaft investieren sollte, verschwendet bereits gegenwärtig Potenziale und verringert Zukunftschancen. Die vorherrschende Handhabung, Menschen als beliebig ersetzbar oder dauerhaft »still zu legende« Arbeitskräfte zu betrachten, hat jedoch Konsequenzen für das Leben im Sozialverband. Hieraus resultieren Fragestellungen, die durch die Buchlektüre aufgeworfen werden: Muss ein Gemeinwesen nicht dafür Sorge tragen, dass alle Menschen vergleichbare Lebens- und Beteiligungsmöglichkeiten bekommen? War nicht die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Arbeit, der Glauben, einen Beitrag zu leisten – die Teilhabe an wirtschaftlicher Dynamik – der Schlüssel zur Akzeptanz der Demokratie? Ist es vorstellbar, dass wir in einer Gesellschaftsordnung leben, die transformiert – in der Menschen schrittweise zur Verfügungsmasse des Kapitalmarktes werden? Ist es zu ertragen, dass Fähigkeiten ignoriert, Menschen auf Dauer unterbezahlt oder ausgegrenzt werden? Erschwerend kommt hinzu, dass ein großer Teil der staatstragenden Elite einen Beschäftigungsmangel negiert und arbeitslose Bürger für die Verschlechterung ihrer sozialen Situation selbst verantwortlich macht. Durch die Andeutung, unzureichende Motivation oder Qualifikation, mangelhafte Flexibilität oder zu hohe Lohnerwartungen hätten den Zustand der Arbeitslosigkeit verschuldet, wird die Situation zusätzlich belastet. Transferleistungen und/oder Niedriglöhne bedrücken das seelische Befinden – ebenso der Schwebezustand, wenn Verträge befristet bleiben. Der Staat, der Lebensrisiken wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit bisher abfedern konnte, verliert Handlungsmöglichkeiten. Finanzielle Sicherungssysteme kollabieren, weil das wahre Vermögen, das Potenzial der Erwerbsarbeit, immer spärlicher in Erscheinung tritt. Mit ihr

schwinden Selbstbewusstsein, Gestaltungskraft und bürgerliche Identität.

Andrea Nahles (198ff) betont hingegen als Kontrapunkt den Bürgerstatus, der nicht vom Erwerbsstatus abhängig sein dürfe. Und in der Tat haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht und die Aufgabe, ihre Interessen geltend zu machen. Wenn soziale Teilhabe in Dependenz steht zur Ausübung der Erwerbsarbeit, soweit sie an die Faktoren Selbstwert und Anerkennung gebunden ist, muss das »Recht auf Arbeit«, in das Bewusstsein der Republik rücken. Nahles zeigt somit ein positives Modell, das der Menschenwürde gerecht wird und diametral einer Beschäftigungspolitik entgegensteht, die ein Bild von Arbeitslosen zeichnet, die sich der Arbeit verweigern, an ihrem Schicksal selbst Schuld seien und mit großen Druck zur Arbeitsaufnahme – auch zu schlechten Konditionen – gezwungen werden müssen.

Bürgerinnen und Bürger, denen aufgrund der ökonomischen Realität, Arbeit und Teilhabe verweigert worden ist, müssen in einer Abstiegssituation sinnvolle Chancen ergreifen können. Ökonomisch und vom Eigenanspruch der Menschen ausgehend, scheint es sinnvoll, an den gemachten Erfahrungen und Qualifikationen anzuknüpfen und diese fortzuentwickeln. So fordert Nahles ein Recht auf lebenslange Beschäftigung, die nur erreicht werden könne, wenn legitime Ansprüche auf Qualifizierung und Weiterbildung in allen Lebensphasen geltend gemacht werden können. Gelungen scheint ihr Vorschlag, dass zur Inanspruchnahme dieser Rechte die flächendeckende Etablierung sogenannter Bildungsstützpunkte voranzubringen ist. Die Angebote dieser Einrichtungen, die den Bundesbürgern rechtlich zustehen sollen, müssen in unmittelbarer Nähe des Wohnortes wahrnehmbar sein und können individuelle Möglichkeiten und Notwendigkeiten sichtbar machen. Bereits bestehende Beratungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, die der Bedarfslage angepasst werden sollen, können auf diese Weise aufgezeigt und zugänglich gemacht werden.

Auch Olaf Scholz (156ff) sieht die Notwendigkeit auf das Wissen und das Können der Menschen zurückzugreifen. Dass er im Zusammenhang mit der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt Kinderbetreuung, Schuldnerberatung und

Suchthilfe nennt, meint gut gemeint sein, doch wird auch hier der fatale Eindruck erweckt, Arbeitslosigkeit sei ein selbstverschuldetes Übel, so dass lediglich Menschen betroffen seien, die ihr Leben nicht organisieren können. Zwar ist auch dieser Personenkreis betroffen, aber nicht ausschließlich. Das Problem der Kinderbetreuung ist ein Faktum, das Erwerbstätige und Erwerbslose gleichermaßen betrifft. Der implizite Vorwurf der Desorganisation ist aus Sicht des Rezensenten keine brauchbare Problemanalyse. Vielmehr braucht es eine klare Auseinandersetzung mit dem Phänomen der »Massenarbeitslosigkeit« und ihren Ursachen. Auch Scholz's Mutmaßung, die breite Masse wolle – offenbar aus Gründen der Bequemlichkeit – keinen Aufstieg, scheint auf dem Hintergrund einer tiefgehenden Betrachtung missglückt. Offenbar wird in diesem Kontext übersehen, dass auch die Möglichkeit bestehen kann, dass aufgrund der gemachten Erfahrungen eine beträchtliche Anzahl Aufstiegschancen nicht mehr erkennen kann und somit im Zustand der Resignation verharrt. Allein Wolfgang Thierse (165ff) beschreibt gekonnt und sensibel den Anerkennungs- und Einbindungsverlust, den Millionen Menschen in Deutschland erfahren und verweist auf den inzwischen gesamtdeutschen Charakter.

Wolfgang Schroeder (181ff) stellt zwar treffend fest, dass in der Gegenwart »der Aufstieg nach oben schwierig und der nach unten möglich« scheint und doch drängt sich auch hier, die unzureichend diskutierte Frage auf: Gibt es Chancen aufzusteigen oder fehlt, milieubedingt, der Wille zum Aufstieg? Dass Schroeder zur zweiten These neigt, steht im Widerspruch zu seiner Aussage, dass sich das Fortkommen problematisch gestaltet. Welche Rolle spielt das zu spät, unzureichend einsetzende Bildungssystem, das möglicherweise Potenziale nicht erkennen lässt, aufgreift oder fördert? Werden Fehlentwicklungen behoben oder Perspektiven vertan? Ebenso möglich und eher wahrscheinlich ist, dass das Arbeitsangebot – sogar bei guter Ausbildung – viel zu knapp bemessen ist und die geglückte Arbeitsvermittlung von persönlichen Kontakten abhängig bleibt. Ist dies der Fall, so gibt es in den bereits benachteiligten Schichten kaum realistische Aufstiegsoptionen und damit ein Frustrationsverhalten, das sich in

Anbetracht schlechter Perspektiven zeigt – eine Vermutung, die selten ausgesprochen wird. Unzureichend wird nach Ansicht des Rezensenten die Möglichkeit diskutiert, dass sich Menschen mit einem Leben in der sogenannten »sozialen Unterschicht« arrangiert haben, weil sie keine Alternativen sehen.

Große Kracht (68ff) kritisiert indes konsequent, dass die sozialstrukturelle Natur der Arbeitslosigkeit negiert und die Ursache der Arbeitslosigkeit im Fehlverhalten des Einzelnen gesucht wird. Der quantitative Rückgang der sozialpolitisch abgesicherten Normalerwerbsbiografien, der Abschied von der Vollbeschäftigung, die Unzuverlässigkeit der Tarifverträge, kurze Arbeitsverhältnisse, familienfeindliche Mobilitätsansprüche und die Ausweitung des Niedriglohnssektors werden in Erinnerung gerufen. Auch die Technisierungsschübe und die Steigerung der Produktivität, die die Beschäftigungslage verändert haben.

Da die Wertschätzung des Menschen noch immer an das Ideal der Arbeitsgesellschaft gekoppelt sei, sei es unvermeidbar, dass sich Arbeitslose unnützlich, überflüssig und wertlos fühlen. Werde zudem – direkt oder unterschwellig – die persönliche Schuld am Verlust des Arbeitsplatzes zum Ausdruck gebracht, verlieren Menschen Ansehen, Würde und letztendlich den Selbst-Respekt. Der sozialpolitische Druck – der trotz des Umstandes einzusetzen pflegt, dass kein Angebot zur Verfügung steht – sei durch Leistungskürzung, Eigentumsverlust und Ausdehnung der Zumutbarkeiten zu spüren, so dass die Stabilität der Einzelpersonen zersetzt werde. Große Kracht konstatiert, dass bisher keine Form moralischer Wertschätzung entwickelt worden sei, die nicht von der Arbeitsgesellschaft geprägt wurde. Auch theologisch sieht er die Arbeit mit dem Wesen des Menschen verbunden, da ihm schon vor dem Sündenfall, eine aktive Aufgabe zugedacht wurde. Gemeint ist hier der Auftrag, der Mensch solle den Garten Eden bebauen und behüten. In der Herrschaft über die Schöpfung wird, verbunden mit der ursprünglichen Bedeutung – Hege und Pflege – die Bestimmung menschlichen Handelns gesehen. Die mühsame Arbeit – Unrecht und Pein – fällt der Menschheit erst nach dem Sündenfall zu – also nachdem die harmonische

Beziehung zwischen Gott und Mensch, die Beziehung der Menschen untereinander (Ermordung Abels) und das Verhältnis zur Natur (Verlust des Paradieses) gestört wurden.

Im Kontext der Autorenbeiträge, die ökonomische Fehlentwicklungen, soziale Verwerfungen, Energie- und Teilhabeverluste und schlussendlich Verletzungen der menschlichen Würde aufzeigen – scheint dem Rezensenten durch den biblischen Impuls von Grosse Kracht ein guter Anknüpfungspunkt gegeben, um die Frage zu stellen, wie die Ökonomie und die Arbeitswelt der Zukunft in einem demokratischen Gemeinwesen gestaltet werden soll. Die bisherige Betrachtung, unter Einbezug des theologischen Gedankens, evoziert die These, dass menschliche Arbeit, unter der Prämisse persönlicher Wertschätzung, nur erfüllend scheint, wenn sie dem Sozialverband dienlich ist und im Einklang mit der Natur ausgeübt werden kann. Hengsbach fordert ganz in diesem Sinne die Entwicklung einer »Kulturellen Dienstleistungsgesellschaft«, in der der menschliche Faktor im Vordergrund steht: Helfen und Heilen, Pflegen und Beraten, Begleiten und Spielen seien typische Formen der Interaktion, die aus Gründen der technischen Machbarkeit – oder in Anbetracht des legitimen Anspruchs auf »zwischenmenschliche Zuwendung« – nicht rationalisiert werden können oder sollten. Tätigkeiten, die das Gemeinwesen stärken, müssen, so seine Forderung, stärker honoriert werden.

Strasser (214ff) verlangt folgerichtig ein Ende der steuer- und finanzpolitischen Privilegierung der Maschinenarbeit. Ganz im Gegenteil müsse dieser Sektor den Aufgabenbereich finanzieren, der durch menschliche Arbeit gestaltet werde. Auch er nennt primär die Bereiche Gesundheit und Pflege, aber auch Bildung und Forschung sowie weitere Tätigkeiten aus dem Bereich der Dienstleistung.

Sollte Kapital nicht derart eingebracht werden, dass neue Arbeitsplätze entstehen, die sich langfristig als Investition in die Zukunft erweisen? Der Gedanke der Nachhaltigkeit und die Stärkung des Sozialverbandes müssen bei der Kapitalverwendung eine primäre Rolle spielen. Die breite Masse einer demokratischen Gesellschaft, die über Fähigkeiten und Bürgerrechte verfügt, scheint aufgefordert, wieder Macht und

Möglichkeiten zu erringen. Ist aber demokratisches Verständnis vorhanden, wenn Unternehmen Gewinne einstreichen und – aus Gründen der Kostenreduktion – Arbeitslosigkeit, Sicherheitsrisiken, Endlagerprobleme, Klima- oder Umweltschäden an die finanziell ausgetrocknete Basis der Gesellschaft weiterreichen? Um Kontroversen zu vermeiden, wird der Produktionsstandort mit geringen Auflagen – bestenfalls mit kontrollierter Meinung im Ausland und geringen Arbeitskosten bevorzugt.

Otmar Schreiner (204ff) verweist auf die Notwendigkeit der Einführung von Mindeststandards, die zumindest im europäischen Rahmen kurzfristig gewährleistet werden müssen. Dass die Gewerkschaften in verstärkter Weise transnational agieren, sei eine Notwendigkeit, die seiner Darstellung gemäß, noch immer unzureichend erkannt wurde. Eine Aufbrechung des Nischendenkens sei, auch innerhalb der bundesrepublikanischen Strukturen, bisher unzureichend erfolgt. Zu Recht wird, in Anbetracht eines Rückgangs der Normalerwerbsbiografien, die Möglichkeit einer allgemeinen Mitgliedschaft im DGB gefordert.

Schreiner kritisiert, dass der Fokus nationaler Politik auf der Herstellung und Erhaltung attraktiver Standortbedingungen liege, wodurch das Element der Kommodifizierung weiter gestärkt werde: So gelte überall, dass Arbeit – als anzubietende Ware verstanden – billiger, flexibler und anpassungsfähiger werden müsse, um Nachfrage zu erfahren. Bewusst sei daher entschieden worden, dass eine Standard-Harmonisierung in Europa nicht stattfinden solle, so dass der Wettlauf – zu Lasten der Arbeitnehmer – zugelassen und forciert werde. Die Verantwortung für diese Situation werde von den Regierungen des Kontinents aber nicht übernommen, da dieser Vorgang als Sachzwang beschrieben werde, der von der Europäischen Union – oder allgemeiner: von den Zwängen der Globalisierung – ausgehe. Solange diese Argumentation fortbesteht ist aus Sicht des Rezensenten eine sukzessive Zerstörung des Arbeitsvermögens zu befürchten; sie geht einher mit dem Verlust von Steuereinnahmen. Zusätzlich ist in den nächsten Jahrzehnten ein Anstieg der Klimaschutzausgaben zu erwarten. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre scheint es somit

dringend angebracht, auf die reale Wirtschaft zu setzen, auf die Leistungsfähigkeit, die Kraft und die Fantasie der Menschen. Die Bewahrung der Natur und ihrer Potenziale ist alternativlos. Die Umsetzung einer sozialen ökologischen Marktwirtschaft scheint daher zwingend erforderlich. Wird jedoch der Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und die ignorante Belastung der Natur als unvermeidbare Folge einer schönen neuen Welt beschrieben, werden die Weichen unzureichend gestellt, um Ökonomie und Arbeitswelt nachhaltig – nach den Bedürfnissen der Menschen und den Vorgaben einer stabilen Umwelt zu gestalten.

Heiner Ludwig (88ff) sieht in den gesellschaftlichen Gegensätzen, in den sozialen und politischen Widersprüchen – die Alltagsrealität seien und keineswegs unter der »Leitidee der Ordnung« harmonisiert werden sollten – wichtige Impulse, die den Dialog der Zukunftsgestaltung am Leben halten. Zwar sei ein kollektiv besseres, weniger gefährdetes Leben, die stetige Utopie der Arbeitsgesellschaft, doch waren es gerade die utopischen Impulse, die laut Ludwig, immerzu Anregungen gaben, um die Gesellschaft zu verändern. Ferner weist er darauf hin, dass die Abhängigkeit von bezahlter Arbeit, bei einer Durchkapitalisierung der Welt, zunehmen werde. Rund um den Globus entstünden Arbeitsgesellschaften, so dass sich Millionen von Arbeitnehmern als Konkurrenten auf dem Weltmarkt wiederfänden. Die Frage, nach dem Stellenwert des Arbeitsvermögens wird daher von essenzieller Bedeutung sein. In Deutschland sei die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zur Sicherung von Auskommen und Anerkennung auf die vertraglich geregelte Erwerbsarbeit angewiesen. Ihre Sicherung und Fortentwicklung auf solider Basis erweist sich als entscheidende Aufgabe für die Stabilität des Gemeinwesens.

Wolfgang Schroeder (181ff) betont folgerichtig die Notwendigkeit einer Wiedergeburt des politischen Primates, denn die Dominanz des Marktes sei gegenwärtig so stark, dass die Politik nicht in der Lage sei, eine korrigierende Politik zu betreiben. Zu Recht fordert Schroeder, dass die Erkenntnisse über Markt- und Staatsversagen eingebracht werden müssen. Zudem solle das Steuerungspotenzial der Politik neue Geltung erlangen. Ausbleibende, unzureichende oder falsche Unter-

stützungsaktivitäten hätten zur Folge, dass soziale Ungerechtigkeiten langfristig zementiert werden.

---

**Zitationsvorschlag:**

Daher, Uwe (2009): Rezension Thierse/Ludwig: Arbeit ist keine Ware. Über wirtschaftliche Krisen, normative Orientierung und politische Praxis (Ethik und Gesellschaft 2/2009: Nach dem Kollaps – (Finanz-)Ethische Schlussfolgerungen nach der Krise) Download unter [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2009\\_Rez\\_Daher.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2009_Rez_Daher.pdf) (Zugriff am [Datum]).

---

**ethikundgesellschaft****ökumenische zeitschrift für sozialetik**

Nach dem Kollaps – (Finanz-)Ethische  
Schlussfolgerungen aus der Krise

Luc van Liedekerke und Wim Dubbink:  
Banking Crisis  
Towards a Responsible Organization

Wolf-Gero Reichert:  
Das Ethos des Investmentbanking. Implikationen  
für eine prudentielle Regulierung

Bernhard Emunds:  
Die Krise der globalen Finanzwirtschaft – eine  
Analyse und sozialetische Einschätzung

Paul H. Dembinski:  
Financial Ethics trapped by Financialization

Andrea Günter:  
Haben und mehr Wollen  
Eine ethische Begründung von Wachstum